

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Kongresse und Generalversammlungen.

Dritter Kongress

**des Verbandes der vereinigten Dachdecker
Deutschlands in Frankfurt a. M.,**
vom 30. September bis 3. Oktober 1895.

Anwesend sind 16 Delegirte, 2 Mitglieder des Zentralvorstandes, je 1 Mitglied des Ausschusses und der Preßkommission und der Redakteur des Verbandsorgans. Die Abrechnung der Verbandskasse wurde für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 18. September 1895 gegeben. In diesem Zeitraum hatte der Verband eine Einnahme von M. 5114,06 und eine Ausgabe von M. 4806,38, so daß ein Kassenbestand von M. 307,68 vorhanden ist. Für den Streiffonds wurden in den Jahren 1894 und 1895 M. 1460 vereinnahmt und M. 1176 verausgabt, und verbleibt hier ein Bestand von M. 283. Im Oktober 1893 wurde der Sitz des Verbandes von Berlin nach Frankfurt a. M. verlegt. Der frühere Zentralvorstand arbeitete aber dem neugewählten nicht zur Hand, sondern ließ auch trotz Beschlusses des Kongresses die Fachzeitung in Berlin weiter erscheinen. Der Vorstand gab darauf in Frankfurt a. M. ein neues Fachorgan heraus. Durch diese unangenehmen Zwischenfälle ging der Verband zurück, so daß er Ende 1893 in 13 Filialen nur 350 Mitglieder hatte.

Infolge geregelter Verwaltung und fortgesetzter Agitation wurde die Organisation von Quartal zu Quartal stärker und zählt gegenwärtig in 41 Filialen 1100 Mitglieder. Das Fachorgan erscheint in 1600 Exemplaren.

Streiks kamen in Mainz, Bielefeld, Kassel und Dortmund vor. Die ersteren beiden endeten mit vollständigem Siege der Arbeiter, in Kassel wurde durch sofortige Einigung eine Lohnerhöhung erzielt, während in Dortmund der Streik durch die Uneinigkeit der Arbeiter verloren ging.

Fünf Filialen lösten sich seit dem letzten Kongress infolge der Laune der Mitglieder auf. Dem Vorstand wird nach der Berichterstattung Decharge erteilt.

Der Kongress beschäftigte sich in der Hauptsache mit Aenderung des Statuts und inneren Verwaltungsangelegenheiten. Es sollen in Zukunft

in den Sommermonaten Agitationsbeiträge von monatlich 10 \mathcal{M} erhoben werden. Auch der Streiffonds bleibt bestehen. Ueber die Streiks sollen die Filialen entscheiden und soll der Vorstand Mittel, soweit solche in der Kasse vorhanden sind, für die Streiks zur Verfügung stellen. Die Filialen werden in Gaue eingetheilt und hat jeder Gau eine Agitationskommission einzusetzen, die vierteljährlich über ihre Thätigkeit an den Vorstand berichten soll. Im Allgemeinen werden die bisherigen statutarischen Bestimmungen beibehalten.

Ueber den Antrag, daß der Verband sich an die Generalkommission anschließen soll, wird eingehend debattirt. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige finanzielle Lage des Verbandes wird jedoch mit zwölf gegen vier Stimmen beschlossen, den Anschluß bis zum nächsten Kongress hinauszuschieben. Damit diesem Beschluß keine falsche Deutung gegeben werden kann, wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Sämtliche Delegirte erkennen die Nothwendigkeit und den großen Werth der Generalkommission für die Aufklärung der Arbeiter jeder einzelnen Branche, mithin auch für die gesammte Arbeiterbewegung an, und halten den Anschluß unseres Verbandes für wünschenswerth. Diejenigen Delegirten, welche trotzdem gegen den Anschluß gestimmt, haben dieses nur deshalb gethan, weil sie eine weitere finanzielle Belastung des Verbandes für unmöglich halten, aber auch sie sprechen ausdrücklich die Erwartung aus, daß der Anschluß erfolgt, sobald die Kassenverhältnisse es zulassen.“

Der Sitz des Verbandes bleibt in Frankfurt a. M. Der nächste Kongress soll zwischen Weihnachten und Neujahr 1897 stattfinden.

Zweiter Kongress

**aller Angestellten im Gastwirthsgewerbe
Deutschlands in Hamburg**
vom 22. bis 25. Oktober 1895.

Anwesend sind 25 Delegirte aus 13 Städten, 1 Vertreter der Agitationskommission und 1 Vertreter der Presse.

Datum	Wesfaft		Glyde-Fluß	
	Handels- schiffe Tonnen- Gehalt	Kriegs- schiffe Tonnen- Deplace- ment	Handels- schiffe Tonnen- Gehalt	Kriegs- schiffe Tonnen- Deplace- ment
30. Sept. 1895.	98488	—	230030	51500
" 1894.	58680	—	204909	45900
" 1893.	82455	—	182566	—

3. Lohnsätze.

Maschinenarbeiter. Ende 1893 waren die von dem Vereinigten Verbande der Maschinenarbeiter für ihre Mitglieder anerkannten Lohnsätze einiger hauptsächlich Zweige des Gewerbes die folgenden:

Beschäftigung	Wöchentliche Lohnsätze		
	Wesfaft M.	Glasgow M.	Greenock M.
Dreher	33,—	30,36	32,62
Monteure	32,—	30,36	32,62
Schmiede	30,—	30,36	32,62
Modellmacher ..	33,—	33,75	33,75

Der Arbeitsbehörde wurden folgende Änderungen in den Löhnen der Maschinenarbeiter, welche 1893 stattfanden, berichtet:

Wesfaft, Oktober 1893. Ein allgemeiner Abzug von wöchentlich M. 1.

Glasgow, von Januar bis April 1893. Ein Abzug von nach und nach 50 % von den Löhnen der Modellmacher.

Kesselschmiede und Eisen- und Sta-
schiffbauer, welche in Schiffsbauhäfen beschäf-
sind, werden hauptsächlich nach dem Stück bezah-
Es ist daher schwierig, einen anerkannten Woch-
lohn festzustellen. Folgendes sind die Änderungen
in den Löhnen dieser Leute, welche seit An-
1893 berichtet wurden:

Wesfaft, Juli 1893. Abzug von 5 pZt. v
Stückarbeitslöhne und M. 1 wöchentlich von
Tagarbeitslöhne.

Wesfaft, Februar 1894. Abzug von 2 1/2 p
vom Stückarbeitslöhne (man sagt, daß hier
1350 Arbeiter betroffen wurden).

Am Glyde-Flusse, Januar und Februar 18
Abzug von 5 pZt. vom Stückarbeitslöhne u
2 % pro Stunde vom Tagarbeitslöhne.

Schiffszimmerleute. Die bestehenden Loh-
sätze der Schiffszimmerleute am Schlusse von 18
1893 und 1894, wie diese von dem Verbande
vereinigten Schiffszimmerleute anerkannt wur-
waren wie folgt:

Ort	1892	1893	1894
	M.	M.	M.
Wesfaft	—	33,50	33,50
Am Glyde-Flusse	34,88	33,75	33,75

Eisengießer. Die bestehenden Lohnsätze f
Eisengießer in Wesfaft, wie diese vom Freunde
bunde der Eisengießer anerkannt wurden, war
M. 33 wöchentlich am Schlusse von 1892 und M.
am Schlusse von 1893 und 1894. Der Abz
von M. 1 wöchentlich in 1893 fand im Oktob
statt. Für 1895 ist über eine Änderung die
Lohnsätze nicht berichtet worden.

Situationsbericht.

In Wien befinden sich 600 Bernstein-, Meer-
schaum- und Imitationsdrehler im Streik. Die
Organisation der Wiener Drehler erucht die
deutschen Bernsteinarbeiter, keine Arbeiten für die
Firmen Stantin & Becker, Anton Spiller, Franz
Spiller und Simon anzufertigen. Die deutschen
Bernsteinarbeiter sind leider nicht organisiert, so
daß nicht ausgeschlossen ist, daß die Firma Stantin
& Becker ihre Absicht, Arbeiter aus Deutschland
kommen zu lassen, ausführen kann. Die gesammte
deutsche Bernsteinindustrie befindet sich fast aus-
schließlich in den Händen dieser Firma. Dieselbe
hat von dem preussischen Staate die Bernstein-
fischerei gepachtet und besitzt ein vollständiges
Monopol darauf. Sie ist in der Lage, die Preise
für den Rohbernstein festzusetzen und hat dadurch
fast jede Konkurrenz beseitigt. Unter der Firma
„Ostpreussische Bernsteinindustrie“ hat sie in vielen
größeren Städten Deutschlands Zweiggeschäfte, in
denen die Arbeiter in den Schaufenstern als Aus-
stellungsobjekte thätig sind, um das Publikum an-
zuziehen. Dadurch ist auch in allen anderen Orten
Deutschlands und nicht nur in der Heimath des
Bernsteins, an der Ostseeküste, fast jede Konkurrenz

beseitigt. Die ehemals blühende Bernsteinindustrie
in Braunsberg, Danzig, Stolp usw., die nicht nur
die Verarbeiter des Bernsteins, sondern auch die
Bernsteinfischer und Bernsteingräber ausreichen-
ernährte, befindet sich in Händen dieser Firma
und fristen nur einige Kleinmeister in Danzig ne-
ben diesen Monopolisten ein fast trauriges Dasein.
Nur in Stolp haben sich noch einige andere Firmen
erhalten. Die Folge dieser Monopolisierung ist
aber, daß die Zahl der Bernsteinarbeiter in Deutsch-
land sehr zusammengeschnolzen und wird es wol-
hauptsächlich diesem Umstande zu danken sein,
wenn es der Firma nicht gelingen sollte, zu
Erfaz der Wiener Streikenden ausreichende Arbeits-
kräfte aus Deutschland zu erhalten. Jedenfall
ist es Pflicht aller organisierten Arbeiter, die Bern-
steindrehler darauf aufmerksam zu machen, daß
sie sich nicht als Streikbrecher benutzen lassen un-
ihren Wiener Arbeitsgenossen in dem aufgezwun-
genen Kampfe nicht in den Rücken fallen.

Adresse für Wien: A. Schrammel, VI,
Webgasse 3.

Die Generalkommission.

Zur Verhandlung stehen folgende Punkte:

1. Die wirtschaftliche Lage der Gastwirthsgehülfen und die Stellenvermittlung.
2. Berichte der Delegirten.
3. Organisation, Agitation und die Presse.

An der Hand des Ergebnisses der von der Regierung veranfalteten Enquete wurden die Mißstände, unter welchen die Angestellten im Gastwirthsgewerbe leiden, dargestellt.

Die Enquete hat bewiesen, daß die Berufsgenossen in der Schilderung ihrer Lage nicht zu schwarz gemalt haben, und dabei ist zu bedenken, daß durch die Enquete die allergrößten Mißstände noch nicht einmal aufgedeckt worden sind.

Da die Arbeitsverhältnisse der Kellner ganz andere seien, als die anderer Arbeiter, so solle nach einer Erklärung des Ministers v. Berlepsch ein Spezialgesetz zum Schutze derselben ausgearbeitet werden, da es nicht möglich sei, die Kellner unter das Arbeiterschutzgesetz zu stellen. Bis heute haben die Kellner jedoch vergebens auf ein derartiges Spezialgesetz gewartet und bleibe, wenn wirklich noch ein solches eingebracht werden sollte, abzuwarten, was dabei herauskommen wird.

Die Ausfüllung der von der Regierung herausgegebenen Fragebogen ist sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch seitens der Arbeiter schwer zu erreichen gewesen. Von den Arbeitgebern ist das verständlich, jedoch bedauerlich sei es, daß von Seiten der Kollegen diesen Fragebogen nicht die gebührende Beachtung geschenkt worden ist. Die Angaben der Arbeitgeber und Arbeiter waren sehr verschieden. So haben eine Ruhepause nach Angabe der Arbeiter nur 17 pZt., während nach Angabe der Arbeitgeber dies bei 22 pZt. der Fall sein soll, und soll 5 pZt. eine solche gewährt werden, wenn sie verlangt wird. Tischzeit haben nach Angabe der Arbeitgeber 61,7 pZt., nach Angabe der Arbeiter nur 38,3 pZt. Gehalt bekommen nach Angabe der Arbeitgeber 82 pZt., nach Angabe der Arbeiter nur 58 pZt. Zu den Geschäftsumkosten wurden nach Angabe der Arbeitgeber 1,3 pZt., nach Angabe der Arbeiter jedoch 4 pZt. herangezogen usw. Die längste Arbeitszeit hatten nach den Ermittlungen diejenigen Angestellten, welche Kost und Logis im Hause haben. Die Dauer der Arbeitszeit ist sehr verschieden. Aber auch hierbei sollen die Arbeitgeber falsche Angaben gemacht haben. Nach Angabe der Hamburger Gastwirth soll die Arbeitszeit der Kellner 4—6 Stunden dauern. Es ist jedoch durch Aufnahme einer Statistik von den Gastwirthsgehülfen Hamburgs nachgewiesen worden, daß von 755 Personen, über welche sich dieselbe erstreckte, nur 19 eine Arbeitszeit von 8—10 Stunden hatten. 76 hatten eine Arbeitszeit von 10—12 Stunden, 116 von 12 bis 14 Stunden, 152 von 14—16 Stunden, 288 von 16—18 Stunden und 98 von 18—20 Stunden, einer mußte sogar über 20 Stunden arbeiten. Und wie hier, so lägen die Verhältnisse fast überall, so daß man wohl mit Recht behaupten könne, die Arbeitszeit der Kellner betrage im Durchschnitt 16—18 Stunden.

Die Enquete habe ferner bewiesen, in welchem Maße die jüngere Arbeitskraft von Seiten der

Gastwirth ausgebeutet wird, denn von 755 fragten kommenden Personen waren nur 100 verheirathet.

Des Ferneren wurde durch das Erg. Enquete dargethan, wie unsicher die Lage der Gastwirthsgehülfen ist, denn nur 36 pZt. fragten waren drei Monate und darüber im Ruhestand. Auch das heutige Stellenvermittlungssystem hat eine scharfe Kritik, und wurde nachgewiesen, daß die sogenannten Kommissionäre dem Kellner gleich die Kellner ausbeuten. So wurden für eine Zahlkellnerstelle an einen Kellner M. 200 gezahlt. Es sei nicht Seltenes, daß Kellner von den Kommissionären bei ihrer Herbeiführung und so wieder Gelegenheiten bekommen, ihre Opfer ausbeuten zu können.

Das heutige Lohnsystem, das Trinkgeld wurde auf das Entschiedenste verurtheilt. Es wurde gegen ein Gutachten des Berliner Kellnervereins, welches dahin ging, daß ein Trinkgeld möglichst sei, das Trinkgelberwesen abzuschaffen, sonst der Kellner nicht gut arbeiten und entsprechend bedienen würde. Die Enquete hätte alle Ursache, gegen die Abschaffung des Trinkgeldes einzutreten, müßten sie ja die Kellner einen festen Lohn zahlen. Das Trinkgeld sei die gemeinste Form der Ausbeutung und eines gebildeten Menschen unwürdig. Die erste Forderung der Kellner sei und bleibe ein festes Trinkgeld für geleistete Arbeit. Diese Resolution wurde nicht gefaßt, sondern eine andere machte die auf dem vorjährigen Kongress gefaßte Resolution zu Grunde. Bei der Berichterstattung entwarfen einzelne Delegirten ein anschauliches Bild der Bewegung der Gastwirthsgehülfen in der Provinz, welche sie vertreten, und den Stand der Organisation. Nach dem Bericht hat die Bewegung der Berufsgenossen an Umfang gewonnen, die Zahl der Mitglieder sich auch nicht vergrößert hat. An einzelnen Orten ist sogar zurückgegangen. Die Organisationen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, haben nicht allein den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen, sondern auch diejenigen Organisationen, welche auf dem Boden der Harmoniebuferei stehen, so den Genossenschaftlichen, den Deutschen Kellnerbund zc.

Von der Verfahrenheit unter den Kellnern zeugt, daß in vielen größeren Städten 5, ja 6 Vereine existiren. Die maßgebenden Organisationen sind der Genfer Verband, der Deutsche Kellnerbund, welche es verstanden, ihre Kollegen durch die eingeführten Unterfraktionen zu zwingen, an sich zu ziehen. Der Arbeiterbewegung, welche die modernen Organisationen einhalten und der für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer entgeltlich geführt wird, hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einmal deshalb, weil die meisten Kollegen noch nicht den Werth der Arbeit begriffen haben, zum Anderen deshalb, weil der Arbeitgeber denselben nicht anerkennen will. So haben die Altonaer Gastwirth es zu verhindern gegeben, daß, wenn der Arbeitsnachweis

enn von den in
ren nur 20 pZt.

as Ergebnis der
die Existenz der
36 pZt der Be-
über in Stellung.
ungssystem erfuhr
achgewiesen, daß
dem Bucherer
wurden in Berlin
en Kommissionär
Seltene, daß die
bei ihren Arbeits-
m Entlassungen
legenheit zu be-
t können.

Ertragsberweisen,
theilt. Protestirt
Berliner Gast-
g, daß es un-
abzuschaffen, weil
n und die Gäste
Die Gastwirthe
Abschaffung des
sie ja doch sonst
n zahlen. Das
der Entlohnung
unwürdig. Die
b bleibe: „Lohn
Arbeit.“ Eine
ndern der Kon-
gen Kongress in
zu der seinigen.
warfen die ein-
s Bild über die
i in den Orten,
nd der Organi-
Bewegung unter
erwonnen, wenn
nicht wesentlich
ten ist die Zahl
sationen, welche
rbeiterbewegung
mpf gegen das
ern auch gegen
auf dem Boden
en Genfer Ber-
2c.

den Kellnern
a 5, ja 6 Kellner-
en gegnerischen
erband und der
verstehen, die
Unterstützung-
geber materiell
Arbeitsnachweis,
nen eingeführt
rbeitnehmer un-
schen Schwierig-
halb, weil die
Berth desselben
shalb, daß die
kennen wollen.
es zu verstehen
achweis nicht

loftet, die Kellner zu oft wechseln. Wenn die Be-
richte über die Arbeitsnachweise im Allgemeinen
gerade nicht befriedigend waren, so war der des
Hamburger Kellnervereins sehr günstig. Letzterer
Verein hat im letzten Geschäftsjahr 1400 Stellen
und 12000 Ausbühlfstellen vermittelt.

Den weitaus größten Theil der Verhandlungen
nahm der Punkt der Tagesordnung: „Die Organi-
sationsfrage“ in Anspruch, da es hier zu Aus-
einandersetzungen über die lokale und die zentrale
Organisation kam. Von den Vertretern der Zentrali-
sation wird hervorgehoben, daß die Lokalorganisation
ein Hemmschuh in der Entwicklung der Bewegung
sei; sie könne den Mitgliedern keine materiellen
Vortheile bieten, und das sei die Ursache, daß die
Organisationen so wenig Fortschritte machen, einige
sogar zurückgegangen seien. In der Zentralisation
sei es möglich, diverse Unterstützungszweige einzu-
führen und dadurch die Kollegen mehr an die
Organisation zu fesseln. Auch der Arbeitsnachweis,
der Rechtsschutz und das Herbergswesen könnten
besser geregelt werden. Es sei unerklärlich, wie
die Vertreter der Lokalorganisation noch auf dem
Standpunkte stehen könnten, daß die Zentralisation
für die Gastwirthsgehülfsen noch verfrüht sei, denn
was den Arbeitern anderer Berufe möglich, sei
auch für die Kellner nicht unmöglich. Die Agitation
könne von einer Centrale, wie sie durch den Verband
geschaffen würde, viel energischer betrieben werden,
weil ihr mehr Mittel zur Verfügung stehen würden
als der heutigen Agitationskommission. Wohl sei
es Pflicht der Arbeiter, sich auch politisch zu be-
thätigen, doch sei das Politiktreiben in den Gewerk-
schaften nicht notwendig.

Die politische Aufklärung sei Aufgabe der
politischen Partei, die wirtschaftliche der Gewerk-
schaften. Gerade durch das Politiktreiben in den
Gewerkschaften würden die eigentlichen Aufgaben
derselben vernachlässigt. Die Gewerkschaften haben
für das materielle Wohl der Arbeiter zu sorgen,
wenn sie aber diesen Zweck erfüllen sollen, so müsse
ihnen auch der richtige Zusammenhalt gegeben
werden, wie er durch den Zentralverband herbei-
geführt wird. Die Verwaltungskosten seien in einem
Zentralverband nicht höher als in den Lokal-
organisationen. Auch sei es irrig, daß die Mit-
glieder in den letzteren mehr Bewegungsfreiheit
hätten. Wenn man glaube, daß durch Einführung
der vorgeschlagenen Unterstützungszweige die Bei-
träge so hohe werden würden, daß die Mitglieder
dieselben nicht aufbringen könnten, so könnten die-
selben ja fallen gelassen werden, und dann würden
die heutigen Beiträge auch ausreichen.

Die Vertreter der lokalen Richtung erklären
sämmlich, daß sie keine prinzipiellen Gegner der
Zentralisation seien. Die Frage, ob Lokal- oder
Zentralorganisation, sei keine Prinzipienfrage,
sondern eine Frage der Taktik. Die Arbeits-
verhältnisse der Kellner seien derartig, daß sie die
Lokalorganisation unbedingt noch bis auf Weiteres
beibehalten müßten. Die Kellner müßten in ihren
Gewerkschaften Politik treiben, weil es ihnen in-
folge der langen Arbeitszeit unmöglich sei, die
politischen Versammlungen, welche fast durch-
schnittlich des Abends stattfinden, zu besuchen und
sich gleich anderen Arbeitern politisch aufzuklären.

Letzteres sei aber notwendig, um dieselben für
den wirtschaftlichen Kampf vorzubereiten. Die
Kellner könnten garnicht daran denken, durch einen
Streik usw. die unwürdigen Zustände, unter welchen
sie leiden, zu beseitigen, ihnen könne nur die
Gesetzgebung helfen. In den Zentralverbänden
könnten die Arbeiter jedoch nur Wünsche äußern,
aber nicht von der Gesetzgebung etwas verlangen.
Die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, daran
könnten die Gastwirthsgehülfsen garnicht denken,
weil die Zahl der Arbeitslosen eine so große
ist, daß es einfach unmöglich ist, die Mittel
aufzubringen, welche zur Unterstützung der-
selben notwendig sind. Auch die Reiseunter-
stützung sei für die Kellner undurchführbar, und
zwar ebenfalls nur infolge der großen Arbeits-
losigkeit. Diejenigen Verbände, welche die Reise-
unterstützung eingeführt haben, müßten heute schon
bedeutende Beiträge erheben. Dasselbe gälte für die
Krankenunterstützung und die Unterstützung bei
Sterbefällen. Würden alle diese Zweige eingeführt,
dann müßten die Beiträge so hoch bemessen werden,
daß es den Mitgliedern ganz unmöglich sein würde,
dieselben zu erschwingen, und die Organisation
würde, anstatt Fortschritte zu machen, zurückgehen.
Daher sei es gefährlich, dieses Experiment zu
machen. Der Arbeitsnachweis, der Rechtsschutz und
das Herbergswesen könnten in den Lokalorgani-
sationen ebenso gepflegt werden, wie im Zentral-
verband. Der Arbeitsnachweis habe in den heutigen
Organisationen an einzelnen Orten schon sehr große
Dienste geleistet, im Zentralverband könnte derselbe
ebenfalls nicht besser funktionieren. Die Organi-
sation soll nicht nur dazu da sein, gegenseitige
Unterstützung zu schaffen, sondern um die materielle
Lage der Arbeiter zu heben. Alles in Allem seien
die Verhältnisse im Gastwirthsgewerbe noch nicht
so weit gediehen, um mit der Gründung eines
Verbandes Ernst machen zu können.

Die Debatte, welche sehr sachlich geführt wurde,
fand damit ihren Abschluß, daß die Gründung eines
Zentralverbandes mit 14 gegen 10 Stimmen ab-
gelehnt wurde. Zwei Vertreter enthielten sich der
Stimme.

Dagegen wurde eine Resolution angenommen,
nach welcher eine Kommission gewählt werden soll,
welche die Pflicht hat, dem nächsten Kongress einen
Entwurf zwecks Gründung einer Zentralisation zu
unterbreiten.

Die Kommission, bestehend aus fünf Personen,
hat ihren Sitz in Berlin.

Beim Punkt 5, Agitation, giebt zunächst der
Vertreter der Agitationskommission den Bericht der
letzteren. Die Einnahme zum Agitationsfonds be-
trug vom 24. April 1894 bis zum 30. Sept. 1895
M. 1562,23, die Ausgabe M. 1559,25, bleibt ein
Kassenbestand von M. 2,98. Berlin allein hat
M. 1300 aufgebracht.

Die Zahl der organisirten Kollegen von ganz
Deutschland beträgt zirka 2000. In einer größeren
Zahl von Städten hatte die Kommission Agitation
betrieben, in einigen waren die Versammlungen
sehr gut besucht, doch sind die meisten resultatlos
verlaufen, weil sich Niemand finden wollte, der die
Gründung einer Organisation in die Hand nahm,
weil Jeder befürchtete, daß er dadurch die Existenz